

Mitteilung:

Am 20.06.2006 fand der 3. Beteiligungstermin zur Umweltverträglichkeitsuntersuchung statt. Hier wurden die Ergebnisse der Variantenuntersuchung vorgestellt und auch die verkehrlichen Rahmenbedingungen diskutiert. Von den insgesamt 6 Varianten verlaufen zwei nördlich (zwischen L312 und K46), zwei südlich (zwischen B56 und L189) und zwei nordwestlich (zwischen B56 und K46) siehe Lageplan. Verkehrlich wurden zusätzlich noch diverse Kombinationslösungen geprüft. In der UVS zeigten sich folgende Ergebnisse:

	Verkehr	Umwelt	Stadtentwicklung
Variante 1	nicht kompatibel mit dem Planungsauftrag des BVWP, fehlender Netzschluss – müsste als Landesstraße weitergeplant werden Entlastung der OD bis zu 70%)	beste Ergebnisse (insgesamt die geringsten Eingriffe)	Beeinträchtigung der nördlichen Stadterweiterung
Variante 2	nicht kompatibel mit dem Planungsauftrag des BVWP, fehlender Netzschluss – müsste als Landesstraße weitergeplant werden Entlastung der OD bis zu 70%	beste Ergebnisse (insgesamt die geringsten Eingriffe, da zumeist Führung im künftigen Siedlungsbereich)	starke Beeinträchtigung der geplanten nördlichen Stadterweiterung
Variante 3	Entlastung der OD zwischen 40 und 50 %, Probleme am östlichen Ortsrand werden verstärkt	stärkere Beeinträchtigung der Umwelt	Beeinträchtigung der bestehender Siedlungsbereiche
Variante 4	Entlastung der OD zwischen 40 und 50 %, Probleme am östlichen Ortsrand werden verstärkt	stärkere Beeinträchtigung der Umwelt	kaum Beeinträchtigung von Siedlungsbereichen
Variante 5	Entlastung der OD bis zu 80%	längste Variante und deshalb größte Beeinträchtigung	Beeinträchtigung der nördlichen Stadterweiterung
Variante 6	Entlastung der OD bis zu 80%	etwas kürzer als 5, durch teilweise Führung im künftigen Siedlungsbereich nur geringe Beeinträchtigung	starke Beeinträchtigung der geplanten nördlichen Stadterweiterung

Beim Verkehrsgutachten wurde bei allen Varianten unterstellt, dass die bestehende Ortsdurchfahrt stark zurückgebaut wird. Erfolgt dies nicht, werden die Entlastungen nicht annähernd erreicht. Die Gemeinde hat sich bereiterklärt, derartige Maßnahmen zu ergreifen. Städtebaumittel sind bereits beantragt.

Im Termin sprachen sich die Träger öffentlicher Belange zumeist für die Variante 5 oder 6 ggfls. auch in Kombination aus. Dies entspricht sowohl den Wünschen der Gemeinde Much als auch den Vorstellungen des Rhein-Sieg-Kreises.

Die endgültige Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises zur UVS ist bis zum 30.08.2006 abzugeben.

Zur Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.08.2006

Im Auftrag